

Tagungsbericht

„Demokratiemkritik, Autoritarismen und Populismen in Europa: Kontinuitäten und Brüche von der Zwischenkriegszeit bis heute“, DHIP, 14-15 März 2019

Tagungsbericht von Jasmin Berger, Carla Dalbeck, Marie Luise Leppla-Weber, Viktoria Sophie Lühr und Sophie Weber

Dieser Bericht ist eine Zusammenfassung der am 14. und 15. März 2019 stattgefundenen Tagung am Deutschen Historischen Institut Paris (DHIP), die sich mit dem Thema „Demokratiemkritik, Autoritarismen und Populismen in Europa: Kontinuitäten und Brüche von der Zwischenkriegszeit bis heute“ auseinandergesetzt hat. Es handelte sich um die Auftaktveranstaltung des Ausbildungs- und Forschungsprogramms (PFR) „Welche Demokratie(n)? Reflexionen über die Krise, Modernisierung und Grenzen der Demokratie in Deutschland, Frankreich, England und Mitteleuropa zwischen 1919 und 1939“, die vom Centre Interdisciplinaire d'Études et de Recherches sur l'Allemagne (CIERA) unterstützt und von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universitäten Augsburg, Caen (ERLIS), Lothringen (CEGIL), Reims Champagne-Ardenne (CIRLEP) und Straßburg (Mondes germaniques et nord-européens) sowie des Deutschen Historischen Instituts Paris getragen wird. Während der Demokratiediskurs und dessen Kritik im aktuellen europäischen Diskurs immer mehr in den Vordergrund treten, ist dieses Projekt bestrebt, die Zwischenkriegszeit als ideengeschichtliches Laboratorium der Demokratie zu betrachten. Die Tagung bestand aus vier Panels und einer interdisziplinären Podiumsdiskussion. Die jeweiligen Vorträge haben sich mit den heuristischen Vorteilen der Analogie, insbesondere in Bezug auf Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und weitgehend auf Mitteleuropa sowie mit dem Begriff des Populismus und der Legitimierung des historischen Vergleichs auseinandergesetzt.

Das erste Panel befasste sich mit der „Rückkehr der 1930er Jahre“ und wurde von STEFAN MARTENS (DHI Paris) geleitet und von DOROTHEA BOHNEKAMP (Paris I) kommentiert. Die Referenten haben drei unterschiedliche Themen angesprochen: den demokratischen Sonderfall Großbritanniens, die Weimarer Republik als negativer Gründungsmythos der Bundesrepublik Deutschland und die Rolle der politischen Geschichte der Zwischenkriegszeit in den gegenwärtigen europäischen Debatten.

RICHARD DAVIS (Bordeaux) setzte sich mit dem Thema des demokratischen Sonderfalls Großbritanniens auseinander. Seine Analyse bezog sich insbesondere auf die Führungskräfte und Intellektuellen der 1930er Jahre, die die Idee vertraten, die Demokratie sei im politischen System Großbritanniens verwurzelt, ja sozusagen angeboren, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern. In den 1930er Jahren erreichte der Aufstieg des Faschismus Großbritannien nicht. Im Vergleich zum herrschenden Chaos seiner Nachbarn gab das Land ein stabiles Bild wieder. 2016 rückte der Demokratiediskurs erneut in den Vordergrund, in einem Land, das nun das Bild einer unstabilen Demokratie von sich gibt, obwohl die Befürworter des Brexits ihr Projekt insbesondere mit der Beschwörung einer perfekten britischen Demokratie begründen, die vor dem illegitimen Einfluss einer europäischen Bürokratie geschützt werden müsse. Der Brexit wirft auch viele Fragen auf, wie zum Beispiel die des demokratischen Werts eines Referendums, aber auch die der Beteiligung britischer Bürger am politischen Leben, die heute viel stärker ist, als in den 1930er Jahren.

REINER MARCOWITZ (Metz) hat die Entwicklung und die Hinweise, die im aktuellen politischen und sozioökonomischen Bereich Deutschlands auf die Weimarer Vergangenheit deuten könnten, hinterfragt. Die Weimarer-Geschichtsschreibung, die in der BRD in den 1950ern begann, konzentrierte sich zunächst aus naheliegenden Gründen auf die Machtergreifung der NSDAP 1933, d.h. auf die Schlussphase der Weimarer Republik, bevor sie sich in den 1960er- und 1970er-Jahren auch den Gründungsjahren und im Anschluss hieran auch der sog. Stabilitätsphase der mittleren Periode der Weimarer Republik zuwandte. Ihre Geschichte ist jedoch nicht nur Gegenstand vieler

Forschungen, sondern auch zahlreicher politischer und öffentlicher Diskurse, insbesondere in der jungen Bundesrepublik Deutschland, die vor allem der Selbstvergewisserung der westdeutschen Gesellschaft dienten, aber gerade auch im vereinigten Deutschland wieder aktuell sind. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage der Legitimität des historischen Vergleichs und der Herstellung von Parallelen zwischen dieser Periode und der heutigen Lage. Während es einige Ähnlichkeiten zu geben scheint, wie die Radikalisierung oder die Fragmentierung der Medienkultur, zeigt die Analogie ihre Grenzen im Hinblick auf die Stabilität der politischen Institutionen und der sozioökonomischen Lage im heutigen Deutschland. Dennoch müsse die Forschung diesbezüglich vorangetrieben, aber auch „europäisiert“ werden, um die bestehenden Bedrohungen für moderne liberale demokratische Systeme zu identifizieren, aber auch im Hinblick auf eine komparatistische Weiterung und damit Modernisierung der Weimar-Forschung.

DANIEL SIEMENS (Newcastle) wies auf die zentrale Bedeutung des historischen Vergleichs hin, da es die Analyse des historischen Erbes ermögliche. Außerdem betonte er, dass die Geschichte sich nicht wiederhole, erinnerte aber daran, dass der rassistische Diskurs wie er in der Zwischenkriegszeit geäußert wurde, heute nicht mehr existiere. Auch wenn die populistischen Diskurse wahrscheinlich weiterhin bestehen, liefern sie nichtdestotrotz die Möglichkeit einer Anpassung der heutigen Demokratien bzw. der Entstehung eines neuen demokratischen Gleichgewichts. In diesem Zusammenhang präsentierte der Referent auch zwei Bücher – « *How Democracies die : what History reveals about our Future* » von Steven Levitsky und Daniel Ziblatt und « *How Democracy Ends* » von David Runciman –, die den Umgang der Demokratien mit ihren eigenen Grenzen hinterfragen.

Der Vortrag von MARCUS LLANQUE (Augsburg) eröffnete das zweite Panel, „Politik denken in den 1930er Jahren und heute“, unter dem Vorsitz von CHRISTIAN ROQUES (Reims) und mit einem Kommentar von CATHERINE COLLIOT-THÉLÈNE (Rennes). Grundannahme seiner Argumentation war, dass nur ein Teil der heutigen politischen Ordnung *genuin* demokratisch sei, während diverse Elemente anderen Politikverständnissen entlehnt seien. Mit Bezug auf Max Webers Begriffsverständnis der Demagogie schlug er die Integration von Demagogen in das parlamentarische System vor und erweiterte den Spielraum um die mögliche Kontrolle derselben innerhalb des Parteiraums. Er forderte eine neutrale und rationale Betrachtung des aktuellen Populismus.

FELIX BREUNING (Lüneburg) problematisierte das Konzept des Populismus aus demokratietheoretischer und sozio-ökonomischer Sicht. Aus beiden Perspektiven werde das Konzept zu einseitig und mit liberaler Schlagseite betrachtet. Während jene die sozialen Verhältnisse unbeachtet ließe, stelle diese den Populismus als Reaktion auf den Modernisierungsprozess dar und nivelliere bestimmte Aspekte, wie den des Antisemitismus. Für eine vollständige Betrachtung müssten beide Perspektiven herangezogen werden. Ferner wurden autoritarismuskritische Theorien als potenzielle Erklärungsgrundlage der aktuellen Phänomene vorgeschlagen und die Ergiebigkeit eines historischen Vergleichs mit der Zwischenkriegszeit in Frage gestellt.

FRAUKE HOENTZSCH (Augsburg) vertrat die These, dass die liberale Demokratie in sich widersprüchlich sei. Der paradigmatische individualistische Liberalismus produziere Ungleichheiten und gesellschaftliche Spaltungen. Dies werde zum Problem, wenn sich die Ungleichheit politisch in einer impliziten oder expliziten Entscheidungsmacht der Eliten manifestiere. Während das rechte Parteienspektrum die Spaltung überwinden wolle, ziele das linke Parteienspektrum, im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit, heute nicht mehr auf ihre Überwindung durch die Eliten, sondern auf eine Verschiebung der gesellschaftlichen Strukturen und die damit einhergehende Aufhebung.

Als zentrales Problem arbeiteten alle Vorträge die Konzeptualisierung von Populismus und Demokratie heraus. Des Weiteren wurde festgestellt, dass der Populismus letztlich ein mit der Staatsform der Demokratie verbundenes Problem sei. Schließlich wurde betont, dass die Betrachtung der entsprechenden Strömungen länderspezifisch erfolgen müsse.

Der erste Veranstaltungstag endete mit einer deutsch-französischen Podiumsdiskussion, die von FABIEN ESCALONA (mediapart) moderiert wurde und vier Geistes- und

Sozialwissenschaftler*innen zur Beantwortung der Frage „Dem ‚Populismus‘ ein Ende setzen?“ zusammenführte.

Angesichts der multiplen Herausforderungen, mit denen traditionelle Formen der Demokratie und politische Parteien konfrontiert seien, definierten die Sprecher zunächst das Konzept des Populismus in Bezug auf ihre jeweiligen wissenschaftlichen Disziplinen. So schlug der Historiker FRANK BÖSCH (Potsdam) vor, Populismus als Quellenbegriff statt als analytisches Konzept zu verwenden, um die diskursiven Strategien der Populisten besser nachvollziehen zu können. Der Philosophin CATHERINE COLLIOT-THÉLÈNE (Rennes) zufolge sei das problematische Phänomen unmittelbar mit dem Konzept der Demokratie verbunden und müsse insofern in Verbindung damit untersucht werden. Die Soziologin ANNIE COLLOVALD (Nanterre) betonte stattdessen die unterschiedlichen Formen, die der Populismus im Laufe der Zeit angenommen habe: Sei es als erklärender Begriff oder als Anschuldigung, Populismus weise eine stark emotionale Färbung auf; außerdem führe er einen Wandel des soziopolitischen Raumes herbei, insofern als das traditionelle Rechts-Links-Schema durch den Gegensatz liberal-populistisch ersetzt werde. Mit Rückbezug auf die Unschärfe des Populismusbegriffs plädierte der deutsche Politikwissenschaftler MICHAEL MINKENBERG (Frankfurt/Oder) für eine ausschließlich adjektivische Begriffsverwendung. „Populistisch“ sei als politischer Stil oder als Instrumentalisierungs- und Mobilisierungsstrategie unter dem Vorwand, die Interessen des Volks gegen die Eliten zu verteidigen, weniger problematisch. Alle Sprecher betonten in ihren Ausführungen jedoch die Schwierigkeit, eine Minimaldefinition dieses diversen Phänomens zu geben, bzw. grundlegende Charakterzüge herauszuarbeiten – mit Ausnahme der von Benjamin Moffitt etablierten Kriterien, zu denen unter anderem ein ausgeprägtes Krisenbewusstsein, die Rolle des charismatischen Fürsprechers und die Verwendung einer provokativen Rhetorik zählen. Abgesehen von diesen Grundkriterien wurde in Bezug auf die gegenwärtige Ausprägung des Populismus in Europa die maßgebliche Rolle der Medien unterstrichen, welche der populistischen Polemik als Vektor der Mobilisierung neuer Akteure dienen. In Hinblick auf sein Resultat ließe sich das populistische Phänomen je nach Disziplin daher als Veränderung des soziopolitischen Raumes, als Symptom oder Emanzipationsstrategie eines unzufriedenen Volkes oder als Reaktion auf Statusverlustängste verstehen.

Die Fragen der anschließenden Diskussionsrunde bezogen sich unter anderem auf den Umgang, den die etablierten mit den populistischen Parteien auf parlamentarischer Ebene führen sollten – Isolation oder konstruktiver Dialog – sowie auf das populistische Wählerprofil, wobei hier der Unterschied zwischen überzeugten und Protestwählern unterstrichen wurde. Angetrieben durch tatsächliche Probleme, hätten Letztere es den populistischen Parteien erst ermöglicht, auf die politische Bühne zu treten. Bösch betonte dabei insbesondere die Rolle der etablierten Parteien, die ihre Bindungskraft immer mehr verloren hätten, wie es das Beispiel der CDU verdeutliche. Die Podiumsdiskussion unterstrich schließlich auch die Notwendigkeit, den Populismus und sein Wiederaufleben im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs vertieft zu untersuchen – vor allem in seinem geschichtlichen Kontext –, zum besseren Verständnis der gegenwärtigen soziopolitischen Verschiebungen in Europa. Dabei zeigten die Darstellungen der vier Expertinnen und Experten nicht zuletzt, wie problematisch sich die Definition und Verwendung des Populismusbegriffs weiterhin erweise. Diese konzeptuelle Herausforderung sei der historischen Inkonsistenz des Begriffes geschuldet sowie der Uneinigkeit der Populismusforscher unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen in Bezug auf die Gemeinsamkeiten, die diese „dünne Ideologie“ (Freeden/Mudde) vom Nationalismus des 19. Jahrhunderts, vom Faschismus der Zwischenkriegszeit oder auch von Max Webers Definition von Demagogie unterscheide. Während man also Populismus als Symptom oder Versuch eines soziopolitischen Systemsturzes und der Emanzipationsbestrebungen des Volkes verstehen könne, kamen die Teilnehmer der Diskussionsrunde zumindest darin überein, dass es sich um eine Reaktion auf reale Probleme handle, die allerdings durch die Medien manipuliert und verstärkt werde und die bereits dabei sei, den öffentlichen Raum in den betroffenen westlichen Ländern unumstößlich zu verändern.

Unter dem Vorsitz von ZOÉ KERGOMARD (DHI Paris) wurde das dritte Panel eröffnet. Den Kommentar machte HÉLÈNE MIARD-DELACROIX (Sorbonne Université). Ausgehend von der

Feststellung, dass im Gegensatz zu den rechtsextremen Diskursen der Zwischenkriegszeit im gegenwärtigen populistischen Diskurs der Hass auf Juden zu fehlen scheine, stellte BRUNO QUÉLENNEC (EHESS Paris) die Frage nach der Existenz von Antisemitismus in der heutigen Zeit und antwortete anhand von drei kontrastierenden Konzepten aus der Antisemitismusforschung: Der italienische Historiker Enzo Traverso vertrete mit anderen linksextremen Intellektuellen die These, Islamophobie habe den Antisemitismus heute ersetzt. Dem widerspricht die These von eher konservativ gesinnten Intellektuellen, darunter der des Politikwissenschaftlers Pierre-André Taguieff, Antisemitismus sei nie verschwunden, es sei lediglich eine „neue Judeophobie“ entstanden, die sich hinter der Kritik am Staat Israel verstecke und von „Islamso-Linksorientierung“ („islamo-gauchisme“) ausgehe. Eine dritte These geht schließlich so weit, von einer antisemitischen Vereinigung von Rechts- und Linksextremen zu sprechen, von einer „neuen ‚rotbraunen‘ Synthese um die Judeophobie herum“. Letztere sowie die These der Ersetzung des traditionellen Antisemitismus wurden von Quélenec als wenig der Realität entsprechend eingeschätzt. Er sprach stattdessen von einer Radikalisierung sowie Pluralisierung der zeitgenössischen Formen des Antisemitismus. In ihrem anschließenden Vortrag hat VALÉRIE DUBSLAFF (Rennes) einen Vergleich zwischen den Entwicklungen von national-populistischen Parteien in Deutschland während der Schwellenjahrzehnte 1920, 1960 und 2010 gezogen. Alle drei Phasen (Weimarer Republik, Bonner Republik und Berliner Republik) seien geprägt durch ökonomische, politische und soziale Umbrüche, die den Aufschwung von neuen Akteuren begünstigten. Diese profitierten und profitieren von den Krisen, indem sie ein alternatives System zur Demokratie (NSDAP in den 1920er Jahren) oder alternative Parteien innerhalb des demokratischen Systems anbieten, die eine autoritäre Wendung des Systems anstreben (NPD in den 1960er Jahren und AfD heute). Trotz der zahlreichen Gemeinsamkeiten dieser drei Entwicklungen seien deren Unterschiede nicht zu unterschätzen: National-populistische Männer und Frauen mögen zwar dieselben ideologischen Prinzipien vertreten, jedoch verfügen sie weder über dieselben Traditionen und Repräsentationen, noch über dasselbe militante Gedächtnis oder dieselben politischen Interessen. Innerhalb der heutigen national-populistischen Parteien existieren zudem verschiedene Geschlechterrollen. Zum Schluss konstatierte Dubslaff die Grenzen der Analogie, da der demokratische Rahmen, das Regime, der Staatsapparat und die Mentalitäten sich verändert hätten. Nationalpopulisten der heutigen Zeit hätten nicht zum Ziel, ein autoritäres System oder eine Diktatur zu errichten. Vielmehr sei es ihr Ziel, ein „demokratisch-illiberales“ Regime, eine autoritäre Demokratie, zu etablieren.

Schlussfolgernd kann festgehalten werden, dass beide Beiträge dazu einluden, die Phänomene der Zwischenkriegszeit mit den aktuellen populistischen und antisemitischen Entwicklungen und deren Kontexte zu vergleichen. Beide kamen zum Schluss, dass eine simple Wiederholung der Geschichte trotz zahlreicher Parallelen und Kontinuitäten (z.B. der antisemitischen Stereotypen) ausgeschlossen werden könne. In der anschließenden Diskussion wurde insbesondere die Vergleichbarkeit von Antisemitismus und Islamophobie diskutiert: Auch wenn es sich bei beiden Phänomenen um Rassismus handele, sei Islamophobie eine Übergeneralisierung, die – im Gegensatz zu Antisemitismus – von realen Problemen (wie bspw. Terrorismus) ausgehe. Auch wurde ein Mangel an empirischen Studien über Antisemitismus und Islamophobie beklagt.

Unter Leitung von ANNETTE LENSING (Caen) wurde im letzten Panel der Frage nachgegangen, welche Formen von Populismus es in der Vergangenheit gab und wie diese zu seinen heutigen Ausprägungen in Beziehung zu setzen seien. Gemeinsam war den Referenten ihr diskursanalytischer Ansatz, sowie die These einer partiellen Wiederkehr der Geschichte. Ein Kommentar erfolgte von FRÉDÉRIC ZALEWSKI (Nanterre).

VALENTIN BEHR (Straßburg/Warschau) analysierte in einer sozio-historischen Perspektive die Bezüge der heutigen polnischen Politik zur Zweiten Polnischen Republik (II. PR) der Zwischenkriegszeit. Er stellte fest, dass es sich dabei um eine mystifizierte Darstellung der II. PR handelte, welche vor allem auf drei Elemente zurückzuführen sei: 1) die 1918 erhaltene nationale Unabhängigkeit, dargestellt als ein politischer Konsens, der mit einem Gefühl von Nostalgie verbunden sei, 2) die multinationale Dimension der II. PR, deren Spannungen durch den systematischen Ausschluss nationaler Minderheiten aus einer gemeinsamen Geschichte minimiert

wurden, und 3) die ebenfalls bagatellierte Autorität und Gewalt, die dem wenig demokratischen politischen Leben der Zwischenkriegszeit inhärent waren. Im Zentrum stand die Frage, wie dieser mystifizierte Blick auf die II. PR die heutigen politischen Positionen (de)legitimiere. Während die autoritäre und streng national-konservative Politik der PiS durch diese Form des historisch-politischen Diskurses legitimiert werde, würden vor allem linke Positionen als nicht polnisch diskreditiert.

1922 veröffentlicht Oswald Spengler sein Werk „Der Untergang des Abendlandes“. Die 2014 gegründete Bewegung *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (PEGIDA) griff den Begriff des *Abendlandes* auf. In ihrer Analyse zeigte SABINE VOLK (Krakau) Parallelen in der Rhetorik der Zwischenkriegszeit und PEGIDA auf. Ihre Forschungen gehen dabei von der Genealogie des Begriffs aus: Während sich das *Abendland* zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert vor allem über seine geografische Lage und seine christlich geprägte Kultur definierte, wurde der Begriff in der deutschen Romantik zur politischen Ideologie, indem sich erstarkende konservativ-katholische Eliten im Sinne eines Kulturkampfes gegen das protestantische Preußen auf das Abendland-Konzept als einigende Komponente beriefen. Wurde der Begriff des *Abendlandes* in den 1930er Jahren weiterhin von Adolf Hitler und der Abendländischen Bewegung genutzt, rückte er Mitte der 1960er Jahre in den Hintergrund. In den 1990er Jahren tauchte er wieder im politischen Diskurs auf, insbesondere bei PEGIDA, und erreichte 2015 seinen Höhepunkt. Das *Abendland*, hier verstanden als Synonym für das westliche Europa, müsse vor drohenden äußeren Einflüssen – allen voran muslimischer Immigration – und vor inneren Bedrohungen – einer abgehobenen politischen Elite – geschützt werden. Folglich bleibt *Abendland* ein politischer Kampfbegriff, der umso besser mobilisiert werden kann, als er aufgrund seiner Vagheit mit den verschiedensten Bedeutungen gefüllt werden kann, sei es antidemokratisch, antiliberal oder imperialistisch. In der Diskussion hob Christian ROQUES hervor, dass der Verweis auf das *Abendland* im Nationalpopulismus durch sein Postulat identitärer Unvereinbarkeit schlussendlich in eine antieuropäische Europaideologie münde.

VIKTORIA SOPHIE LÜHR (Saarbrücken/Metz) beschäftigte sich in einer soziolinguistischen und kulturellen Perspektive mit der Frage, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Rhetorik und Ideologie der heutigen national-populistischen Bewegungen in Frankreich (*Rassemblement national* – RN) und Deutschland (*Alternative für Deutschland* – AfD) einerseits und der des Nationalsozialismus andererseits bestünden. Sie konstatierte im national-populistischen Diskurs drei Figuren des Anderen: *L'Autre politique* verweise auf die Dichotomie zwischen Elite und Volk, wobei Letzteres in Abgrenzung zur korrumpierten Elite glorifiziert werde; *l'Autre culturel* sei durch den muslimischen Einwanderer verkörpert und stelle aus nationalpopulistischer Sicht die größte Bedrohung dar; *l'Autre politico-culturel* beziehe sich schließlich auf diejenigen Europäer, die sich offen, kosmopolitisch und pro-europäisch zeigten. Obgleich aufgrund der gemeinsamen demagogischen Sprache und der gemeinsamen Vorstellung einer homogenen Nation von einer rhetorischen Verwandtschaft zwischen Faschismus und Populismus gesprochen werden könne, unterscheide sich doch die *Art* der Feindbildkonstruktion. So ginge es heute beispielsweise nicht darum, die bestehende Demokratie durch ein neues, autoritäres Regime zu ersetzen, sondern eine direktere Partizipation des Volkes zu erwirken, und auch die Ablehnung des Fremden erfolge nicht entlang einer ethnischen, sondern einer kulturellen Trennlinie, womit sich die heutige Islamophobie grundlegend vom Antisemitismus der 1930er Jahre unterscheide.

Den drei letztgenannten Beiträgen war die Feststellung gemeinsam, dass der Begriff *Populismus* stets in Verbindung zu anderen, bereits etablierten Konzepten aus unterschiedlichen Disziplinen stehe, welche durch eine Heranziehung im Rahmen der Populismus-Forschung ihre Spezifik verlieren würden. Dies treffe beispielsweise auf die Begriffe „Kultur“, „Nationalstaat“ oder „Identität“ aus Bereichen wie der Geschichts- und Politikwissenschaft, Soziologie oder Psychologie zu. Gleichzeitig hat die Tagung insgesamt gezeigt, wie sehr heutige Argumentationsmuster und politische Phänomene bewusst oder unbewusst auf Vorläufer in der Zwischenkriegszeit rekurrieren – eine, wengleich gebrochene Kontinuität, die es im Rahmen des dieser Tagung zugrunde liegenden Forschungsprojekts weiter zu untersuchen gilt.

Compte rendu de la Journée d'étude

« Critiques de la démocratie, autoritarismes, populismes : quelles continuités et ruptures entre l'entre-deux-guerres et aujourd'hui », IHA Paris, 14-15 mars 2019

Compte rendu écrit par : Jasmin Berger, Carla Dalbeck, Marie Luise Leppla-Weber, Viktoria Sophie Lühr et Sophie Weber

Cette publication synthétise la journée d'étude qui s'est tenue les 14-15 mars 2019 à l'Institut historique allemand (IHA) sur le thème « *Critiques de la démocratie, autoritarismes, populismes : quelles continuités et ruptures entre l'entre-deux-guerres et aujourd'hui ?* ». Il s'agissait de la manifestation inaugurale du Programme de formation-recherche intitulé « *Quelle(s) démocratie(s) ? Réflexions sur la crise, la modernisation et les limites de la démocratie en Allemagne, en France, en Angleterre et en Europe centrale entre 1919 et 1939* » soutenu par le Centre Interdisciplinaire d'Études et de Recherches sur l'Allemagne (CIERA) et porté par les chercheurs des universités d'Augsbourg, de Caen (ERLIS), de Lorraine (CEGIL), de Reims Champagne-Ardenne (CIRLEP), de Strasbourg (Mondes germaniques et nord-européens) ainsi que l'Institut historique allemand (IHA) de Paris. Alors que la démocratie et sa critique sont des objets de plus en plus présents dans le discours européen actuel, ce projet se propose de revisiter l'entre-deux-guerres comme un laboratoire d'idées de la démocratie. Durant la journée d'étude divisée en quatre panels et en une table-ronde interdisciplinaire, les interventions et débats ont porté sur les analogies avec cette période riche en rebondissements, plus spécifiquement en France, en Allemagne, au Royaume-Uni, en Pologne et plus largement en Europe centrale, ainsi que sur le terme de populisme et sur la pertinence de la comparaison en histoire.

Lors du premier panel sur « Le retour des années 1930 ? », présidé par Stefan MARTENS (IHA Paris) et commenté par Dorothea BOHNEKAMP (Paris I), les intervenants ont abordé trois aspects différents : l'exceptionnalisme démocratique de la Grande-Bretagne, la République de Weimar comme contre-mythe fondateur de la RFA et la place de l'histoire politique de l'entre-deux-guerres dans les débats européens actuels.

RICHARD DAVIS (Bordeaux) s'est penché sur la question de l'exceptionnalisme de la Grande-Bretagne. Son analyse s'est concentrée sur les dirigeants et les intellectuels des années 1930 qui affirmaient que la démocratie était enracinée dans le système politique, de façon presque innée, à l'inverse des autres pays européens. Dans les années 1930, la Grande-Bretagne n'a pas été atteinte comme ses voisins par la montée du fascisme, elle renvoyait une image stable bien différente de celle du chaos continental. Depuis 2016, le débat sur la démocratie a ressurgi avec force dans un pays qui renvoie désormais l'image d'une démocratie instable alors que les partisans du Brexit ont bien au contraire justifié leur projet en invoquant l'image d'une démocratie britannique parfaite qu'il faut préserver de l'influence illégitime de la bureaucratie européenne. Le Brexit a également soulevé de nombreuses questions, notamment sur la valeur démocratique d'un referendum, mais aussi sur la participation politique des citoyens britanniques, bien plus forte aujourd'hui que dans les années 1930.

REINER MARCOWITZ (Metz) a posé la question des similitudes existant entre certains aspects politiques et socio-économiques de l'Allemagne d'aujourd'hui et de Weimar. L'historiographie de Weimar qui a débuté dans les années 1950 en RFA s'est tout d'abord concentrée, et ce pour des raisons évidentes, sur l'accès au pouvoir du NSDAP en 1933, donc sur la phase finale de la République de Weimar, avant de se pencher, dans les années 1960 et 1970, sur la phase de formation, puis, par la suite, de relative stabilité de la République de Weimar. Cependant, l'histoire de cette dernière ne fait pas seulement l'objet de nombreuses recherches, elle est également l'objet de discours politiques et publics nombreux, notamment pendant les premières années de la République fédérale, où elle servait avant tout d'autojustification à la société ouest-allemande, mais aussi dans l'Allemagne réunifiée. C'est dans ce contexte que se pose la question centrale de la légitimité de la comparaison historique et de l'établissement de parallèles entre cette période et aujourd'hui. Si certaines similitudes semblent exister – telles que la radicalisation ou la fragmentation de la culture

médiatique –, l’analogie montre ses limites au vu de la stabilité des institutions politiques et de la situation socio-économique de l’Allemagne d’aujourd’hui. Néanmoins, il est impératif de poursuivre et d’« européeniser » les recherches sur la République de Weimar, pour pouvoir identifier les menaces récurrentes qui pèsent sur les systèmes démocratiques libéraux modernes, mais aussi en vue de la modernisation de la recherche sur Weimar et de la prise en compte plus large d’études comparatives.

Tout en soulignant que l’histoire ne se répète pas, DANIEL SIEMENS (Newcastle) a insisté sur l’importance de la comparaison historique, car elle permet d’analyser les permanences dans l’histoire. Il a également rappelé que le discours raciste tel qu’il s’est exprimé dans l’entre-deux-guerres n’existait plus aujourd’hui. Si les discours populistes sont sans doute appelés à durer, ils n’en permettent pas moins à la démocratie de se réadapter et de créer un nouvel équilibre démocratique. Deux livres ont également été mis en avant à ce sujet – « *How Democracies die : what History reveals about our Future* » de Steven Levitsky et Daniel Ziblatt, ainsi que « *How Democracy ends* » de David Runciman – qui posent la question du rapport des démocrates actuelles à leur propre finitude.

La conférence de MARCUS LLANQUE (Augsbourg) a ouvert le deuxième panel « Penser la politique dans les années 1930 et aujourd’hui », présidé par CHRISTIAN ROQUES (Reims) et suivi d’un commentaire de CATHERINE COLLIOT-THÉLÈNE (Rennes). L’hypothèse centrale de son argumentation était que seule une partie de l’ordre politique actuel serait véritablement démocratique, alors que divers éléments emprunteraient à d’autres conceptions politiques. En s’appuyant sur la définition que donne Max Weber de la démagogie, Llanque a plaidé pour l’intégration des démagogues dans le système parlementaire – celle-ci permettrait de renforcer leur contrôle à l’intérieur des partis –, de même que pour une approche neutre et rationnelle du populisme actuel.

FELIX BREUNING (Lunebourg) a apporté un éclairage théorique au concept de populisme, en présentant des théories de la démocratie et des théories socio-économiques. Ces deux perspectives considèreraient le concept de manière trop unilatérale et libérale. Alors que la première approche ne tiendrait pas compte des conditions sociales, la deuxième présenterait le populisme comme une réaction aux processus de modernisation en nivelant certains aspects, comme l’antisémitisme par exemple. Il faudrait prendre en compte les deux perspectives pour pouvoir dresser un tableau général du concept de populisme. Parmi les points qui ont été soulevés figurent enfin le recours aux théories critiques de l’autoritarisme pour expliquer les phénomènes actuels du populisme ainsi que la question des limites d’une comparaison historique avec l’entre-deux-guerres.

FRAUKE HOENTZSCH (Augsbourg) a soutenu la thèse selon laquelle la démocratie libérale serait fondamentalement contradictoire. Le paradigme du libéralisme individualiste produirait des inégalités et des divisions sociales, ce qui s’avèrerait problématique dès lors que l’inégalité se manifesterait politiquement par un pouvoir décisionnel exercé par les élites de manière implicite ou explicite. Alors que les partis de la droite du spectre politique ambitionneraient de surmonter les divisions sociales, les partis de gauche ne viseraient plus – contrairement à l’entre-deux-guerres – à les surmonter par le truchement des élites, mais plutôt à transformer et partant à abolir les structures sociales.

La question de la définition du populisme et de la démocratie était au cœur de l’ensemble des interventions. Il a été souligné que le populisme était *in fine* un problème inhérent aux régimes démocratiques et qu’il était nécessaire d’adopter une démarche différenciée en prenant en compte les spécificités nationales des différents courants populistes.

La première journée s’est terminée par une table ronde franco-allemande modérée par FABIEN ESCALONA (mediapart) et réunissant quatre chercheur.e.s en sciences humaines et sociales autour de la question « En finir avec le “populisme” ? ».

Face aux multiples remises en cause des formes de démocratie et des partis politiques traditionnels, les intervenants ont tout d’abord défini le concept de populisme à l’aune de leurs disciplines respectives. L’historien FRANK BÖSCH (Potsdam) a proposé de l’utiliser davantage comme terme empirique (« *Quellenbegriff* ») que comme concept analytique, afin de comprendre les stratégies discursives des populistes. Pour la philosophe CATHERINE COLLIOT-THÉLÈNE (Rennes), le phénomène populiste serait intrinsèquement lié à la démocratie et c’est dans ce cadre que

la recherche devrait s’y intéresser. La sociologue ANNIE COLLOVALD (Nanterre) a mis l’accent sur les différentes formes que le populisme a prises au fil du temps : tantôt notion explicative, tantôt injure, le terme a une forte teneur émotionnelle ; il générerait en outre un changement de l’espace socio-politique en remplaçant le clivage gauche-droite par l’opposition entre libéraux et populistes. Soulignant le flou entourant le terme de « populisme », le politiste allemand MICHAEL MINKENBERG (Frankfurt/Oder) a plaidé pour l’utilisation de l’adjectif « populiste », conçu comme « style » politique et comme stratégie d’instrumentalisation et de mobilisation au service de la prétendue ‘défense’ des intérêts du peuple contre les élites. Les intervenants ont souligné la difficulté qu’il y avait à déterminer *a minima* les caractéristiques d’un populisme très divers – en rappelant notamment les critères établis par Benjamin Moffit, parmi lesquels figurent la conscience de crise, la présence d’un leader charismatique et l’utilisation d’une rhétorique provocatrice. Le rôle des médias comme relais de la polémique populiste et vecteurs de la mobilisation de nouveaux acteurs a été souligné. En outre, le phénomène « populiste » pourrait être vu en termes de configuration de l’espace politique et social, comme symptôme ou stratégie d’émancipation du peuple ou encore comme réaction à la peur du déclassement.

Lors du débat avec le public, les questions ont porté sur l’attitude que les partis politiques traditionnels devaient adopter face aux partis populistes dans l’arène parlementaire – l’isolement ou le dialogue – ou encore sur le profil de l’électorat populiste, en rappelant la différence qu’il fallait faire entre les électeurs convaincus et le vote contestataire qui a permis l’émergence de ces partis sur la scène politique, ces derniers étant mus par des problèmes réels. Bösch a en outre insisté sur le rôle des partis traditionnels qui, dans le cas de la CDU par exemple, perdaient de plus en plus leur capacité d’intégration. La table-ronde a insisté sur la nécessité d’étudier le populisme et sa résurgence dans le débat public et scientifique – en encourageant notamment les approches historiques – afin de mieux comprendre les glissements socio-politiques à l’œuvre en Europe. Les discussions ont montré que la définition et l’utilisation du concept de populisme continuaient à poser problème. Ce défi conceptuel est dû à son instabilité historique ainsi qu’au manque de consensus des chercheurs issus de différentes disciplines scientifiques quant aux critères communs qui distingueraient cette « thin ideology » (Freeden/ Mudde) du nationalisme du XIX^e siècle, du fascisme de l’entre-deux-guerres ou encore de la démagogie selon Max Weber. Tandis qu’on peut concevoir le populisme comme symptôme ou comme tentative de reconfiguration socio-politique et d’émancipation populaire, les intervenants se sont finalement accordés à dire qu’il s’agissait d’une réaction aux problèmes réels, manipulée et amplifiée par les médias et susceptible de reconfigurer sans cesse l’espace public des pays occidentaux.

Le troisième panel s’est tenu sous la présidence de ZOÉ KERGOMARD (DHI Paris), le commentaire étant assuré par HÉLÈNE MIARD-DELACROIX (Sorbonne Université). Partant du constat que, contrairement aux discours d’extrême droite de l’entre-deux-guerres, le discours populiste actuel semblait ne pas véhiculer de haine envers les Juifs, BRUNO QUÉLENNEC (EHESS Paris) a soulevé la question de l’existence de l’antisémitisme à l’époque contemporaine. Il a tenté d’apporter des éléments de réponse en recourant à trois concepts différents issus des recherches sur l’antisémitisme : selon l’historien italien Enzo Traverso de même que plusieurs intellectuels d’extrême gauche, l’islamophobie aurait aujourd’hui remplacé l’antisémitisme, une thèse à laquelle s’opposent des intellectuels d’orientation plutôt conservatrice, parmi lesquels le politologue Pierre-André Taguieff. Selon ces derniers, l’antisémitisme n’aurait jamais complètement disparu : l’on assisterait uniquement à l’émergence d’une « nouvelle judéophobie », dissimulée derrière la critique de l’État d’Israël et portée par les courants « islamo-gauchistes ». Un troisième courant va enfin jusqu’à voir une « nouvelle synthèse "rouge-brun" autour de la judéophobie » entre l’extrême droite et l’extrême gauche. Cette dernière thèse, ainsi que celle d’un remplacement de l’antisémitisme traditionnel, ont été jugées peu réalistes par Quélenec qui a mis en avant la radicalisation et la pluralisation des formes contemporaines de l’antisémitisme.

Dans l’intervention suivante, VALÉRIE DUBSLAFF (Rennes) a comparé l’évolution des partis nationaux populistes en Allemagne pendant les années 1920, 1960 et 2010. Ces trois phases (République de Weimar, République de Bonn et République de Berlin) ont été caractérisées par des bouleversements économiques, politiques et sociaux qui ont favorisé l’émergence de nouveaux acteurs.

Ceux-ci ont su tirer profit des crises et continuent à le faire, en proposant par exemple un système alternatif à la démocratie (NSDAP dans les années 1920) ou encore en créant des partis alternatifs au sein même du système démocratique, avec l'ambition d'impulser un tournant autoritaire au système (NPD dans les années 1960 et AfD aujourd'hui). Malgré les nombreuses convergences qui existent entre ces trois évolutions, il ne faudrait pas pour autant sous-estimer leurs divergences : les hommes et les femmes nationaux-populistes partagent sans doute les mêmes principes idéologiques, mais ils ne disposent ni des mêmes traditions et représentations, ni de la même mémoire militante, ou encore des mêmes intérêts politiques. En outre, différents rôles de genre seraient représentés au sein même des partis nationaux-populistes d'aujourd'hui. En conclusion, l'intervenante a soulevé les limites de l'analogie, en raison de l'évolution du cadre démocratique, du régime, de l'appareil d'État et des mentalités. Les nationaux-populistes d'aujourd'hui ne chercheraient pas à mettre en place un système autoritaire ou une dictature, mais viseraient bien plus à instaurer un régime démocratique « illibéral », une démocratie autoritaire.

En conclusion, on peut relever que ces deux contributions ont montré l'intérêt évident qu'il y avait à comparer l'entre-deux-guerres avec les phénomènes populistes et antisémites actuels et de prendre en compte les contextes respectifs dans lesquels ils s'inscrivent. Les deux intervenants sont arrivés à la conclusion que l'on ne pouvait parler d'une simple répétition de l'histoire, malgré l'existence de nombreux parallèles et de continuités, à l'exemple des stéréotypes antisémites. La discussion consécutive a notamment porté sur la comparabilité de l'antisémitisme et de l'islamophobie : même si les deux phénomènes ont un fondement raciste, l'islamophobie serait une généralisation excessive qui, contrairement à l'antisémitisme, découlerait de problèmes réels, comme le terrorisme par exemple. Enfin, l'absence d'études empiriques sur l'antisémitisme et l'islamophobie a été critiquée.

Sous la direction d'ANNETTE LENSING (Caen) et avec un commentaire de FRÉDÉRIC ZALEWSKI (Nanterre), le dernier panel a porté sur les formes passées du populisme et sur les liens que l'on pouvait établir avec ses manifestations actuelles. Les intervenants ont choisi d'aborder la question au travers de l'analyse du discours et ont pris comme point de départ la thèse d'un retour partiel de l'histoire.

VALENTIN BEHR (Strasbourg/Varsovie) a analysé d'un point de vue socio-historique les références de la politique polonaise actuelle à la seconde République polonaise (II^e RP) de l'entre-deux-guerres. Il a noté qu'il s'agissait là d'une représentation mythifiée de la II^e RP, qui reposait principalement sur trois éléments : 1) l'indépendance nationale obtenue en 1918, présentée comme un consensus politique lié à un fort sentiment de nostalgie, 2) la dimension multinationale de la II^e RP, dont les tensions internes ont été minimisées par l'exclusion systématique des minorités nationales de l'histoire commune, et 3) la banalisation de la violence et de l'autorité caractéristiques de la vie politique faiblement démocratique de l'entre-deux-guerres. La question centrale était de savoir dans quelle mesure ce regard mythifié porté sur la II^e RP contribuait à (dé)légitimer les positions politiques actuelles. Alors que les politiques autoritaires et strictement nationales-conservatrices du parti Droit et justice (PiS) seraient légitimées par ce discours historico-politique, les positions de gauche notamment seraient discréditées comme étant non polonaises.

En 1922, Oswald Spengler publia son œuvre « Der Untergang des Abendlandes » (« Le déclin de l'Occident »). Le mouvement des Patriotes européens contre l'islamisation de l'Occident (*Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* – PEGIDA), fondé en 2014, a repris la notion de l'*Abendland* à son compte. Dans sa présentation, SABINE VOLK (Cracovie) a mis au jour les parallèles qui existent entre la rhétorique de l'entre-deux-guerres et celle de PEGIDA. Pour ce faire, ses recherches se sont appuyées sur la généalogie du terme : alors qu'entre le XVI^e et le XVIII^e siècle l'*Abendland* s'est principalement défini par sa situation géographique et sa culture chrétienne, le terme s'est mué en une idéologie politique pendant le romantisme allemand, lorsque les élites catholiques conservatrices toujours plus importantes ont eu recours à ce concept comme élément unificateur dans le sens d'un *Kulturkampf* mené contre la Prusse protestante. Si dans les années 1930, Adolf Hitler et le *Abendländische Bewegung* ont continué à utiliser la notion de l'*Abendland*, celle-ci fut reléguée au second-plan au milieu des années 1960. Elle refit surface dans le discours politique des années 1990, notamment avec le mouvement PEGIDA, pour atteindre son apogée en 2015.

L'*Abendland*, entendu ici comme symbole d'une Europe occidentale, devait être protégé de la menace des influences extérieures – en premier lieu de l'immigration musulmane – et des menaces intérieures – en provenance d'une élite politique éloignée de la réalité. Par conséquent, l'*Abendland* reste une notion de « combat politique » (*politischer Kampfbegriff*), d'autant plus mobilisatrice qu'en raison de son caractère flou, elle peut être remplie de significations très différentes, qu'elles soient anti-démocratiques, anti-libérales ou impérialistes. Pendant le débat qui a suivi cette présentation, Christian ROQUES a souligné qu'en raison de son postulat d'incompatibilité identitaire, la référence à l'*Abendland* par le nationaux-populistes conduisait *in fine* à une idéologie anti-européenne de l'Europe.

Dans une perspective sociolinguistique et culturelle, VIKTORIA SOPHIE LÜHR (Sarrebruck/Metz) s'est penchée sur les similitudes et les différences existant entre la rhétorique et l'idéologie des mouvements nationaux-populistes actuels en France (*Rassemblement National* – RN) et en Allemagne (*Alternative für Deutschland* – AfD) d'une part, et celles du national-socialisme d'autre part. Elle a identifié trois figures de l'Autre dans le discours national-populiste : L'*Autre politique* ferait référence à la dichotomie entre l'élite et le peuple, ce dernier étant glorifié par opposition à une élite corrompue ; l'*Autre culturel* serait incarné par l'immigré musulman et constituerait, d'un point de vue national-populiste, la plus grande menace ; enfin, l'*Autre politico-culturel* se référerait aux Européens ouverts, cosmopolites et pro-européens. Bien que l'on puisse parler d'une parenté rhétorique entre le fascisme et le populisme parce qu'ils recourent à une rhétorique démagogique et diffusent l'image d'une nation homogène, les *manières* de représenter « l'ennemi » diffèrent. Ainsi, il ne s'agirait pas aujourd'hui de remplacer la démocratie existante par un nouveau régime politique autoritaire, mais de parvenir à une participation plus directe du peuple. De même, le rejet de l'étranger ne se ferait pas le long d'une différenciation ethnique, mais culturelle, ce qui distingue fondamentalement l'islamophobie actuelle de l'antisémitisme des années 1930.

Ces trois dernières contributions ont montré que le terme de *populisme* était étroitement lié à d'autres concepts déjà établis dans les différentes disciplines scientifiques ; utilisées dans le contexte de la recherche sur le populisme, ces dernières perdraient cependant leur spécificité. Cela serait le cas, par exemple, pour les notions de « culture », « État-nation » ou « identité », employées dans divers domaines tels que l'histoire, les sciences politiques, la sociologie ou la psychologie. Dans le même temps, cette journée d'étude a plus largement montré à quel point les modèles d'argumentation et les phénomènes politiques d'aujourd'hui renvoyaient, consciemment ou inconsciemment, à des modèles de l'entre-deux-guerres – une continuité certes brisée, mais qu'il convient d'étudier plus en détail dans le cadre du projet de recherche dans lequel s'est inscrite cette journée d'étude.